

**DER BUNDESMINISTER
 FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/14-Parl/79

Wien, am 19. April 1979

An die
 Parlamentsdirektion
 Parlament
 1017 W I E N

2379/AB

1873 - 01 - 26

zu 2375/J

Die schriftliche parlamentarische
 Anfrage Nr. 2375/J-NR/1979, betreffend Gewährung von
 Forschungssemestern, die die Abgeordneten Dr. BLENK
 und Genossen am 23. Februar 1979 an mich richteten, beehre
 ich mich wie folgt zu beantworten:

Die in der Begründung der schriftlichen
 Anfrage enthaltene Meinung, wonach es für die Gewährung
 von Forschungssemestern "keine ausreichende gesetzliche
 Grundlage gäbe", ist unzutreffend.

Gemäß dem Universitäts-Organisationsgesetz
 haben nicht nur der Rektor und Prorektor, sondern auch
 die Dekane und Prodekane einen Rechtsanspruch auf Forschungs-
 semester, in allen übrigen Fällen erfolgt eine Beurteilung
 gemäß den einschlägigen dienstrechtlichen Bestimmungen.
 Zurückzuweisen ist die in der Begründung der Anfrage ent-
 haltene Behauptung, wonach "bei der Gewährung von Forschungs-
 semestern, die nicht unter die Bestimmung des § 17 Universitäts-
 Organisationsgesetz fallen, immer wieder Schwierigkeiten
 auftreten, da das Ministerium bei der Gewährung solcher
 Forschungssemester sehr zurückhaltend und willkürlich verfährt."
 Tatsache ist vielmehr, daß Verzögerungen in der Behandlung
 von Anträgen für Forschungssemester nur dann eintreten,
 wenn die Antragsteller entweder keine oder nur ungenügende
 Gründe für als Sonderurlaub zu wertende fakultative Forschungs-
 semester angeführt hatten, was in jedem Fall zu ergänzenden
 Rückfragen und Erhebungen, und damit zu einem vermeidbaren
 Verwaltungsaufwand führen mußte.

- 2 -

Im einzelnen werden die Fragen wie folgt beantwortet:

ad 1) und 2)

In den Jahren 1975-1978 sind von Universitätsprofessoren 132 Anträge auf Gewährung von Forschungssemestern gestellt worden. Von diesen Anträgen wurden 113 genehmigt und nur 19 Anträge negativ behandelt. Letzteres im wesentlichen dann, wenn entweder nach Aufforderung zu einer ergänzenden Begründung eine ausreichende beabsichtigte Forschungstätigkeit nicht behauptet oder belegt wurde, aber auch wenn zwischen dem Dienstantritt und dem gewünschten fakultativen Forschungssemester erst kurzer Zeitraum vergangen war, schließlich dann, wenn erst vor kurzer Zeit ein Forschungssemester in Anspruch genommen worden war.

ad 3)

Für die Gewährung von Forschungssemestern sind "zeitliche Intervalle" nicht eine wesentliche Voraussetzung, sondern vielmehr der Anlaßfall für die besonderen Forschungsaufgaben des Professors. Nach dem Beamtendienstrechtsgesetz vom 2. Juni 1977, BGBl.Nr. 329, sind gemäß § 116 die Urlaubsbestimmungen der §§ 25-39 auf Ordentliche Universitätsprofessoren sowie auf Ordentliche und Außerordentliche Hochschulprofessoren nicht anzuwenden. Für die Außerordentlichen Universitätsprofessoren gilt hingegen uneingeschränkt § 35 BDG, wonach dem Beamten auf sein Ansuchen u.a. aus wichtigen persönlichen Gründen oder aus einem sonstigen besonderen Anlaß ein Sonderurlaub gewährt werden kann. Der Sonderurlaub darf nur gewährt werden, wenn keine zwingenden dienstlichen Erfordernisse entgegenstehen, und darf die dem Anlaß angemessene Dauer nicht übersteigen. Die Gewährung eines Sonderurlaubes, der ununterbrochen mehr als drei Monate dauern soll, bedarf der Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

ad 4)

Bei der "dem Vernehmen nach beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung eingerichteten Kommission zur Behandlung von Anträgen auf Gewährung von Forschungsseminaren" handelt es sich lediglich um die vorbereitende Koordinierung der einzelnen Fachabteilungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, um eine gleichartige Behandlung unabhängig von der Zugehörigkeit eines Professors zu einer bestimmten Fakultät oder Universität zu erreichen. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Beamtendienstrechtsgesetzes und in sinngemäßer Anwendung auf die nicht vom Beamtendienstrechtsgesetz erfaßten Personen wird nach pflichtgemäßem Ermessen des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die bisherige Berufslaufbahn, den Dienstantritt, die dienstrechtliche Stellung, insbesondere als Institutsvorstand, die Mitgliedschaft bei Kollegialorganen, Kommissionen, besondere Belastungen und akademische Funktionen sowie auf das konkrete Forschungsvorhaben, die Zeit und Art eines allfälligen forschungsbedingten Auslandsaufenthaltes einschließlich zusätzlicher Kosten und ihrer Bedeckung sowie die Vorsorge für notwendige Vertretungen Bedacht genommen.

ad 5)

Wie bekannt, ist die Frage eines Hochschullehrer-Dienstrechtes gegenwärtig noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft öffentlicher Bediensteter bzw. der Vertretung der verschiedenen Hochschullehrergruppen. Gemäß den Kompetenzbestimmungen ist hiefür federführend das Bundeskanzleramt zuständig.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vertritt im Rahmen dieser Verhandlungen jene Positionen, die vom Standpunkt zeitgemäßer Universitätsorganisation sowie eines sachgerechten Dienstrechtes für Hochschullehrer erforderlich sind.

ad 6

Bei der Frage der Gewährung eines "Forschungsseminars für Assistenten im Habilitationsstadium" handelt es sich nicht um eine Zweckmäßigkeitsfrage, sondern um die Frage der Voraussetzung für einen Sonderurlaub nach § 35 BDG.

